

# Übersichten

Dezember 1999

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Die chinesisch-russischen Beziehungen

Am 9. und 10. Dezember besuchte Jelzin die VR China. Es war dies die letzte große außenpolitische Mission des russischen Staatspräsidenten, ehe er am 31.12., also an Silvester 1999, seinen Rücktritt vom Präsidentenamt erklärte.

In Beijing wurden, wie schon mehrere Male seit Jelzins Amtsantritt, Bekenntnisse zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern im Hinblick auf das 21. Jahrhundert abgegeben. Für die Tschetschenienpolitik des Kreml zeigt China volles Verständnis. (Näheres siehe Thema) -we-

### 2 Rätselraten um Li Pengs „Reise in den Orient“

In der zweiten Novemberhälfte 1999 unternahm der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Li Peng, eine Sechs-Länder-Reise, die ihn nach Mauritius, Südafrika, Kenia, Israel, Palästina und Oman brachte.

Wie es zu dieser merkwürdigen Aneinanderreihung von Ländern kam, die, sieht man einmal von Israel und Palästina ab, kaum Berührungspunkte miteinander haben, ist einem Außenstehenden nicht auf Anhieb verständlich, es sei denn, man begnügt sich mit der Erklärung, daß es dem NVK-Vorsitzenden vor allem darum ging, zu beweisen, daß er außenpolitisch nach wie vor präsent ist. Immerhin gab es zur Zeit der Ministerpräsidentschaft Li Pengs eine Arbeitsteilung, derzufolge Li innerhalb des Politbüros für Außenangelegenheiten zuständig war. Li Peng hat den Posten des NVK-Vorsitzenden im März 1998 übernommen. Bis dahin war er fünf Jahre lang, nämlich seit April 1988, Ministerpräsident gewesen.

Es bietet sich für den Besuch Li Pengs aber auch eine zweite Erklärung an, derzufolge Israel – genauer: die israelische Militär-Flugzeugindustrie – das eigentliche Ziel seines Besuchs war, während die Visiten in den fünf anderen Ländern lediglich als Garnierung – und zur Ablenkung – dienten. China will ja aufgrund eines 1996 unterzeichneten Vertrags von Israel angeblich acht AWACS-(Airborn Warning and Control System)-Flugzeuge erwerben, von denen zur Zeit ein Prototyp entwickelt wird, und zwar von den IAI (Israeli Aircraft Industries). Bei dem Flugzeug handelt es sich um ein modifiziertes russisches Ilyuschin-76-Transportflugzeug, auf dem ein AWACS-System montiert wird (SCMP, Rubrik China, 2.12.99). Amerikanische Kommentatoren stellen die Frage, wieso Israel, eine kleine demokratische Nation, die selbst von mächtigen (und wenig demokratischen) Nachbarn bedroht wird, einem Staat wie der VR China dazu Beihilfe leisten wolle, Taiwan, eine weitere kleine demokratische Nation, zu bedrohen (IHT, 26.12.99), und liefert gleich zwei Erklärungen für diese „amoralische Politik Israels“: (1) Waffenexporte befähigten Israel, seine eigene Verteidigung zu verstärken. Neben den USA habe Israel mehr dazu beigetragen, Beijings Militärmacht zu verstärken als jede andere Nation (und Rußland?). (2) China biete der israelischen Technologie einen riesigen Markt, zumal Israel, der fünftgrößte Waffenexporteur der Welt, seine Chance wahrgenommen habe, jene Lücke füllen, die

nach dem Tiananmen-Massaker durch das damals verhängte Waffenembargo gegen Beijing entstanden sei.

Wie Xinhua (XNA, 2.12.99) berichtet, seien Li Peng und Israels früherer Ministerpräsident Shimon Peres darin übereingekommen, ihre beiderseitigen Beziehungen künftig noch zu verstärken.

Taiwan kann sich damit trösten, daß die USA mittlerweile Gegenhilfe leisten, indem sie Patriot-2-Raketen-Technologie nach Taiwan liefern und im Dezember 1999 auch damit begonnen haben, Patriot-3 dorthin zu verfrachten – also Raketen, die wichtige Komponenten für das geplante TMD-System sind. (Zum TMD vgl. den Übersichtsartikel im vorliegenden Heft). (Kyodo, in SWB, 4.12.99) -we-

### 3 Ein neues asiatisches Wirtschaftsbündnis im 21. Jahrhundert? – Vorschläge Zhu Rongjis –

Der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji ist auf dem besten Weg, eine neue Vision zu entwickeln, die sich eines Tages vielleicht als Alternative zur APEC erweisen könnte.

Die APEC ist bekanntlich ein informelles Bündnis, in dessen Rahmenwerk die asiatisch-pazifischen Staaten wirtschaftlich zusammenarbeiten sollen, das aber, wie nicht wenige asiatische Kritiker befürchten, an dem Fehler leide, daß allzu viele westliche Staaten – angefangen von Australien und Neuseeland über einige lateinamerikanische Staaten bis hin zu den USA – mitbeteiligt sind, die mit „Asien“ eigentlich nichts zu tun hätten: Zumindest argumentiert der malaysische Ministerpräsident Mahathir auf dieser Linie, und hat deshalb auch einen Alternativvorschlag eingebracht, der darauf hinausläuft, eine EAEC, d.h. einen East-Asian Economic Caucus zu gründen, dem ausschließlich asiatische Staaten – zumindest aber nicht die USA – angehören.

Ganz auf dieser Linie kamen am Rande des informellen Gipfeltreffens der ASEAN am 28. November in Manila zusätzlich zu den 10 ASEAN-Mitgliedern noch drei andere Regierungen hinzu, nämlich China, Japan

## CHINA aktuell

und Südkorea, um Perspektiven für das 21. Jahrhundert zu diskutieren.

Der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji schlug bei diesem Treffen eine verstärkte Kooperation der 13 asiatischen Länder im Bereich Wirtschaft, Finanzen, Ausbildung, Wissenschaft und Technologie vor. Durch eine intensivierte Zusammenarbeit sollten die Chancen Asiens vor allem bei der Informationstechnologie und im Elektronikbereich erhöht werden, und dies zu einem Zeitpunkt, da diese Ländern gerade wieder aus dem Schatten der asiatischen Finanzkrise von 1997 her austreten.

Zhu empfahl darüberhinaus die Gründung eines *Adhoc*-Komitees für Studien von Themen, die einer verstärkten Kontrolle des internationalen Finanzsystems dienen sollen. Eine Krise à la 1997 darf sich nach Ansicht auch der anderen Teilnehmer nie wieder ereignen. Insofern stieß Zhus Vorschlag auf einhellige Zustimmung.

Zhu empfahl ferner die Gründung einer „Einheit für Sonderaufgaben“, die bestimmte Themen wie den Austausch in Wissenschaft und Technologie sowie die Problematik der nachhaltigen Entwicklung behandeln solle.

Am Ende der Tagung verabschiedeten die 13 Regierungschefs eine Erklärung, die den Empfehlungen Zhus in der Tat weitgehend entsprach.

Zwei Tage später hielt Zhu Rongji in Singapur eine politische Rede, bei der er seine Vision einer verstärkten Zusammenarbeit asiatischer Staaten im 21. Jahrhundert nochmals wiederholte, und zwar im Rahmen der Veranstaltung „17th Singapore Lecture“, bei der zahlreiche Politiker, unter anderem auch Singapurs Ministerpräsident, als Zuhörer anwesend waren (XNA, 2.12.99).

Ein amerikanischer Autor kommentierte diese Vorstellungen in der *Japan Times* (JT, 30.12.99) und wies darauf hin, daß die Macht Chinas und der Einfluß Asiens durch diese (früher oder später wahrscheinliche) „wirtschaftliche und finanzielle Union“ gestärkt werde, und fügte besorgt hinzu, daß „no Anglo-Saxons invited“ worden sind!

Neue Bedrohungsvorstellungen beginnen sich hier mit anderen Worten den Weg zu bahnen! -we-

## 4 Präsident Wahid in China

Der neugewählte indonesische Präsident Abdurrahman Wahid begann seine Außenpolitik mit einem Antrittsbesuch in der VR China – ein wichtiger Hinweis darauf, wo die Prioritäten Indonesiens in Zukunft gesehen werden (XNA, 2.12.99). Man wolle die beiderseitigen Beziehungen noch stärker entwickeln, heißt es. Die indonesische Regierung wolle sich außerdem darum bemühen, indonesische Bürger chinesischer Herkunft noch stärker in die indonesische Gesellschaft zu integrieren – eine Zusage, die nach den Übergriffen muslimischer Radikaler gegen Auslandschinesen und „Christen“ alles andere als bloße Rhetorik war (XNA, 2.12.99).

Unter vier Augen dürfte sich Wahid gegenüber Jiang Zemin noch deutlicher über die „rassistischen“ Übergriffe gegen Chinesen in seinem Land, vor allem im Jahre 1998, geäußert haben.

Ein besseres Klima mit der VR China könnte dazu beitragen, daß auslandschinesisches Kapital, das sich im Zuge der Übergriffe verflüchtigt hat, nach und nach wieder nach Indonesien zurückkehrt. Wo auch sonst könnte man das Auslandschinesentum repräsentativer ansprechen als in Beijing!?

Beobachter gehen davon aus, daß seit 1998 eine Kapitalflucht von rund 20 Milliarden US\$ aus Indonesien stattgefunden hat. Außerdem ist bekannt, daß rund 3% Auslandschinesen etwa 70% des (nichtstaatlichen) Kapitals auf dem Inselreich kontrollieren. Wenn hier einmal die große Flucht eingesetzt hat, könnte sich Indonesien womöglich auf Jahrzehnte hin nicht mehr von den Rückschlägen erholen, zumal das Land – zusätzlich zum Währungsverfall von 1997ff. – derzeit in einer schlimmen Krise steckt, sei es, daß es in Aceh und auf Ambon zu wachsenden religiösen Zusammenstößen kommt, daß sich rund 20.000 Menschen in der östlichen Provinz Irian Jaya auf die Seite der „Free Papua-Movement“ geschlagen haben, oder daß der Friedensnobelpreisgewinner Jose Aramos-Horta mittlerweile nach Osttimor zurückgekehrt ist – ein Politiker, der seit 24 Jahren den

Kampf zur Befreiung seiner Heimat von indonesischer Vorherrschaft führt.

Bei aller Distanz, die den Chinesen im Umgang mit Indonesien ratssam erscheint, hat Jiang Zemin doch versprochen, im Geist von Bandung, d.h. auf der Grundlage der mit den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz eng verflochtenen Zehn Prinzipien von Bandung, mit dem Indonesien nach Suharto zusammenzuarbeiten, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch (XNA, 4.12.99). Beide Seiten seien entschlossen, auch bei internationalen Gremien, wie der UNO, der WTO, der APEC und der ASEM sowie in anderen multilateralen Organisationen Schulter an Schulter zu wirken.

Nicht zuletzt stellt die chinesische Regierung der indonesischen Regierung 40 Millionen RMB Yuan (rund 4,6 Millionen US\$) zur Verfügung. Außerdem sei man in Beijing entschlossen, Exportkredite nach Indonesien in Höhe von 500 Millionen US\$ zu gewähren (XNA, 29.12.99). -we-

## 5 Gegen das amerikanische TMD-System

Pläne der USA, unter der Bezeichnung TMD (Theater Missile Defense) einen Raketenabwehrschild zu errichten und unter anderem auch Länder wie Japan sowie Taiwan in diesen Schutzkreis miteinzubeziehen, so daß diese Länder weitgehend unangreifbar werden, ist nach Beijings Meinung ein Versuch, zum Kalten Krieg zurückzukehren – also ein ganzes Jahrzehnt auszublenden, das seit dem Ende des Kalten Kriegs vergangen ist.

Das TMD diene weder der Rüstungskontrolle noch der Abrüstung und ändere viele Überlegungen zur strategischen Balance im 21. Jahrhundert: Vor allem neue Nachrüstungsmaßnahmen von Seiten solcher Länder, die nicht zum TMD gehörten, könnten die unmittelbare Folge sein.

Außerdem sei der Aufbau eines TMD schon deshalb rechtswidrig, weil die UNO-Volkversammlung am 1. Dezember 1999 mit überwältigender Stimmenmehrheit eine Resolution gegen das TMD verabschiedet hatte, die

von Rußland, Weißrußland und der VR China bei der UNO eingebracht worden sei.

Leider aber habe „ein gewisses Land“ (gemeint sind die USA) seine Pläne, ein NMD-(National Missile Defense)-System zu entwickeln, niemals aufgegeben und darüberhinaus sogar eine Reihe anderer Länder dazu bewegen, mit in ein gemeinsames TMD einzusteigen. Zu diesem Zwecke fordere „das betreffende Land“, den TMD-Vertrag vom Dezember 1999 nochmals zu überdenken – ein Ansinnen, das auf keinen Fall hingenommen werden dürfte.

China selbst trete seit Jahren für das allseitige Verbot und für die völlige Vernichtung von Kernwaffen ein und verlange außerdem, daß auch Raketendefensivkräfte ausschließlich zur Selbstverteidigung und nicht als Drohung gegen andere Länder entwickelt werden dürften.

Diese Erklärung wurde bei der regelmäßigen Pressekonferenz des Außenministeriums am 2. Dezember abgegeben (*Beijing Review*, 1999/50, S.12f.; vergleiche auch 1999/48, S.12).

Im Pentagon scheint es eine Denkschule zu geben, die vor allem deshalb am TMD festhält, weil sie befürchtet, daß die VR China ein neues U-Boot entwickelt, von dem aus nuklearbestückte Raketen abgefeuert werden können, wobei Kenntnisse verwertet werden, die der amerikanischen Forschung „gestohlen“ wurden (SCMP, Rubrik China, 8.12.99). Das neue „094-U-Boot“ könne der VRCh-Marine bis 2005 zur Verfügung stehen und sei dann so gleich eine Bedrohung für die USA.

Mitte Dezember 1999 hat es in den USA eine neue (wie chinesische Medien meinen) „hysterische“ Untersuchungswelle gegen asiatische Forscher gegeben, die verdächtigt werden, Nukleargeheimnisse an die VR China „verraten“ zu haben. Über ein Dutzend asiatisch-amerikanischer Organisationen haben sich mittlerweile verärgert gegen die Kampagne gewandt, die vor allem Wissenschaftler chinesischer Volkszugehörigkeit verdächtige (IHT, 15.12.99). -we-

## 6 US-Entschädigung für die in Belgrad zerstörte chinesische Botschaft

Am 16. Dezember 1999 kamen Washington und Beijing darin überein, daß die USA an China 28 Millionen US\$ als Entschädigung für den NATO-Luftangriff auf die chinesische Botschaft in Belgrad während des Kosovo-Krieges zahlen.

Umgekehrt entrichtete die VR China an die USA eine Entschädigung von 2,87 Millionen US\$ – also etwa ein Zehntel der Gegensumme – wegen der Ausschreitungen gegen die amerikanische Vertretung in Beijing, die sich im Anschluß an die Ereignisse von Belgrad zugetragen hatten, und zwar offensichtlich auf Veranlassung der chinesischen Führung (Bombardierung: 8. Mai).

Bereits am 30. Juli war es zu einer bilateralen Einigung über die Entschädigung – in Höhe von 4,5 Millionen US\$ – für die von den Zwischenfällen betroffenen chinesischen Staatsangehörigen gekommen (Dazu C.a., 1999/9, Ü 2; XNA, 17.12.99).

Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums wies darauf hin, daß die Regelung zu einer Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen beitragen werde (Zhongguo Xinwen She, in SWB, 18.12.99). Nach wie vor aber betont China, daß die amerikanische Erklärung, es habe sich bei der Bombardierung um einen tragischen Irrtum gehandelt, „wenig überzeuge“ (Zhongguo Xinwen She, in SWB, 18.12.99).

Eine Zeitlang hatten sich die USA gegen die Idee einer Kompensation gewehrt, da eine solche Zusage als Präzedenzfall für weitere Ansprüche und Forderungen dienen könne. Nachdem man sich gleichwohl zu einer Entschädigung durchgerungen hatte, betonten die Verantwortlichen immer wieder, daß es sich bei der Attacke auf die Botschaft in Belgrad um einen singulären Fall gehandelt habe, der keinesfalls verallgemeinert werden dürfe.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß die VR China dem Regime Milosevic umfangreiche Finanzhilfe gewährt hat, möglicherweise bis zu einem Betrag von 300 Millionen US\$. -we-

## 7 Gelungenes Experiment der VR China mit einem Raumschiff – von der Außenwelt kaum zur Kenntnis genommen!

Am 20. November 1999 wurde um 6:30 Uhr von der neu errichteten Rampe der Raketenbasis in Jiuquan (in der nordwestchinesischen Provinz Gansu) aus ein Raumschiff ins All geschossen, das den Namen *Shenzhou* („göttliches Schiff“) trug und das diesmal – beim offiziell „ersten Testflug“ – noch unbemannt war. *Shenzhou* umrundete den Erdball 14 Mal und kehrte nach 21stündigem Flug – angeblich planmäßig – am 21. November auf eine Ebene im Autonomen Gebiet Innere Mongolei zurück.

Es besteht die Absicht, das Raumschiff noch mehrere Male auf diese Weise zu testen, bevor es mit einer Crew bemannt in den Weltraum geht. Das Raumschiff wurde vom Forschungsinstitut für Raumtechnologie und vom Forschungsinstitut für Astronomische Technologie in Shanghai entwickelt, die beide zur Chinesischen Hauptgesellschaft für Raumwissenschaft und -technologie (CASTC) gehören.

Die Trägerrakete war eine Variante des bewährten Typs „Langer Marsch“ und ist vom Forschungsinstitut für Trägerraketentechnologie entwickelt worden. Beim Experiment vom 20./21. November handelte es sich um den 59. Flug einer Rakete vom Typ „Langer Marsch“.

Obwohl China mit diesem Programm den ersten entscheidenden Schritt auf dem Weg zur einer Weltraummacht unternommen hat, wurde das Experiment in der westlichen Welt kaum zur Kenntnis genommen. -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

## 8 Personelle Neuerungen an der Führungsspitze und Pläne für einen Nationalen Sicherheitsrat

Im Lauf des Dezember wurde eine Reihe bereits beschlossener bzw. geplan-